

## Ein Jahr danach: Ostmitteleuropa in der Beitrittskrise?

### Politische Depressionen

Die wichtigsten zentraleuropäischen Neumitglieder der EU sind in dem Jahr nach ihrem Beitritt in schwere innenpolitische Turbulenzen geraten:

- In Polen hat die regierende sozialdemokratische SLD dramatisch an Popularität verloren. Am 2. Mai 2004, dem Tag nach dem Beitritt, vollzog Premier Leszek Miller seinen angekündigten Rücktritt. Sein Nachfolger, Ministerpräsident Belka, der bereits an einer Vertrauensfrage im Parlament gescheitert war, führt eine Minderheitsregierung, die wie das Kaninchen auf die Schlange der nächsten Wahlen starrt. Um sich vor der offensichtlich unvermeidlichen Niederlage zu retten, suchen viele Politiker der SLD ihr Heil in der Gründung einer neuen Partei.
- In der Tschechischen Republik setzte sich Premier Spidla im Sommer 2004 nach einer parteiinternen Abstimmungsniederlage zur EU-Kommission ab. Die regierende Sozialdemokratische Partei hat inzwischen (April 2005) ihren Koalitionspartner verloren und ist damit ebenfalls in eine Minderheitsposition geraten. Ministerpräsident Gross musste zurücktreten. In Umfragen rangiert die Partei hinter der Kommunistischen Partei.
- In Ungarn wurde erstmals seit den Wahlen 1990 in der laufenden Legislaturperiode ein Ministerpräsident gestürzt – von der eigenen Partei, der regie-

renden MSZP. Mit dem Sturz Péter Medgyessys und der Amtsübernahme durch Ferenc Gyurcsány sollte der zunehmende Popularitätsverlust der Regierungspartei aufgehalten werden, was allerdings nur kurzfristig gelang.

- In Slowenien wurden die seit 1990 (fast) ununterbrochen regierenden Liberaldemokraten und deren derzeitiger Koalitionspartner, die sozialdemokratische ZLSD, nach einem Erdbeben-Wahlsieg der konservativen Demokratischen Partei in die Opposition verwiesen.

Im Zentrum der Turbulenzen standen Parteien, die der Linken zuzurechnen sind. In drei der vier Länder (Polen, Ungarn, Slowenien) handelt es sich um Nachfolgeorganisationen der ehemaligen kommunistischen Staatspartei; in der Tschechischen Republik traf es eine „originäre“ sozialdemokratische Partei, von deren Niedergang paradoxerweise die nicht reformierten Kommunisten profitierten.

Inwieweit stehen die innenpolitischen Krisen in einem nicht nur zeitlichen, sondern auch sachlichen Zusammenhang mit dem EU-Beitritt? Liegt, wie der ungarische Politikwissenschaftler Attila Ágh meint, eine die Länder übergreifende *post-accession crisis* vor? Oder liegen den erwähnten Turbulenzen vornehmlich innenpolitische Krisenzyklen zugrunde, die nur zufällig miteinander und dem Beitritt koinzidieren? Die im Folgenden darzulegende These lautet, dass die politischen

Krisen zwar vor allem auf interne Entwicklungen zurückgehen, dass es aber einen Zusammenhang mit dem EU-Beitritt gibt: Der Beitritt verdeutlichte, dass zwischen den Anforderungen, die von der Mitgliedschaft ausgehen, und den Verarbeitungskapazitäten der jungen zentraleuropäischen Demokratien ein strukturelles Missverhältnis besteht.

### Keine dramatische Wirtschaftswende

In keinem Land war der Beitritt mit unmittelbaren wirtschaftlichen Nachteilen verbunden, etwa einer Importwelle, die die lokale Wirtschaft unter sich begraben hätte. Da die zentraleuropäischen Volkswirtschaften schon lange vor dem Beitritt geöffnet waren, war nur ein Wirtschaftssektor direkt von der Mitgliedschaft betroffen: die Landwirtschaft. Hier gab es aber noch keine direkten Folgeprobleme des Beitritts. Zwar demonstrierten im März die ungarischen Bauern mit ihren Traktoren in Budapest – ein in Westeuropa bekanntes Bild; die Proteste richteten sich aber nicht gegen wirtschaftliche Beitrittsfolgen, sondern gegen die Regierung, der die Bauern vorwarfen, sie enthalte ihnen EU-Mittel. In Polen dagegen scheinen gerade die landwirtschaftlich geprägten Regionen überproportional vom Beitritt profitiert zu haben, so dass sich hier die vorher europaskeptische Stimmung eher verbesserte. Die Wachstumsraten des BIP liegen in allen Ländern über dem EU-Durchschnitt, es gab keinen Einbruch der Beschäftigung, Inflation und externes Defizit bewegten sich in den vor dem Beitritt bekannten Dimensionen. Die Vermögensbesitzer konnten sich eines Börsenbooms erfreuen, während die Reallöhne der Arbeitnehmer bestenfalls moderat zunahm.

War der Beitritt hinsichtlich Wachstum und wirtschaftlicher Stabilität kaum mit merklichen negativen Konsequenzen verbunden, so hatten sich die hohen Erwartungen an die Mitgliedschaft, die die Bevölkerung und Eliten Zentraleuropas in der Zeit unmittelbar nach dem Systemwechsel gehegt hatten, lange vor dem 1. Mai 2004 verflüchtigt. Kaum jemand rechnete mit einer spektakulären Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation, deren unvermutetes Ausbleiben zu Unzufriedenheit hätte führen können. Die Früchte der europäischen Integration, so die weit verbreitete Überzeugung, wird erst die „nächste Generation“ einfahren.

Unter den Eliten Zentraleuropas ist die Kritik an der Union, die sich gegenüber ihren neuen und ärmeren Mitgliedern wenig generös gezeigt hatte, weit verbreitet. Die Einschränkung der Freizügigkeit, die begrenzte Zuwendung von Strukturmitteln (Portugal etwa erhält

im Vergleich zu Ungarn pro Kopf das Vier- bis Fünffache an EU-Mitteln), die Reduktion der Direktbeihilfen für die Landwirtschaft, aber auch der für einige Länder quälend lange Beitrittsprozess hatten das zunächst positive Image der EU angekratzt. Doch diese Ernüchterung trat nicht mit dem Beitritt ein, sie hatte sich schon vorher durchgesetzt.

### Unterkomplexe politische Systeme

Der Zusammenhang zwischen dem Beitritt zur EU und den innenpolitischen Krisen in Zentraleuropa liegt weder in negativen ökonomischen Beitrittsfolgen, noch in einer generellen Enttäuschung über den Nutzen der Mitgliedschaft. Allerdings tat sich mit dem Beitritt, dem Abschluss eines langwierigen und mit Anstrengungen verbundenen Prozesses, ein politisches Vakuum auf, das bislang nicht gefüllt werden konnte. Die Mitgliedschaft war der Ersatz eines politischen Projekts gewesen, das vom (freilich immer schwächer werdenden) Konsens der Eliten und der Bevölkerungsmehrheit getragen worden war. Mit dem formellen Vollzug des Beitritts aber wurde deutlich, dass es sich in der Tat um den *Ersatz* eines Projekts handelte. Insbesondere die politischen Kräfte, die den Beitritt intensiv betrieben hatten – also die Linke –, hatten nach dem 1. Mai kein Programm anzubieten, das nun die nächsten Schritte, insbesondere bei der eine Lösung der sozialen Folgen der Transformation, angegeben hätte. Dieser Mangel an Konzeptionen wurde paradoxerweise erst sichtbar, *nachdem* die letzte Hürde der Mitgliedschaft genommen war: Man war irgendwo angekommen, aber der Sinn der mühsamen Reise war nicht mehr klar.

Von den innenpolitischen Turbulenzen in den zentraleuropäischen Ländern werden die konservativen Kräfte profitieren, aber das Problem, das hinter dem Popularitätsverlust der regierenden linken Parteien steht, ist nicht im Rechts-Links-Schema zu verorten. Der Popularitätsverlust der Linken verdeckt die generelle Unzufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit mit den politischen Eliten, unabhängig von ihrer Couleur. Diese Unzufriedenheit hat, selbst wenn dies oft eher geahnt als bewusst erkannt wird, eine reale Basis: Die politischen und Parteiensysteme der zentraleuropäischen postkommunistischen Gesellschaften sind den Anforderungen einer *erfolgreichen* Mitgliedschaft nicht gewachsen. Sie sind im Vergleich zu äußerst komplexen Anforderungen „unterkomplex“. Idealerweise müsste die Politik die von außen – von der EU, von den internationalen Unternehmen, von den Kapitalmärkten – an sie herangetragenen Anforderungen so moderieren, dass sie nicht mit den Bedürfnissen der Gesellschaft

kollidieren, und sie müsste dem aus der Gesellschaft an sie herangetragenen Bedarf auf eine Weise politisch umsetzen, die mit der internationalen Umwelt kompatibel bleibt. Für beides ist die Politik nicht ausgestattet. Es fehlt ihr sowohl an den Sensorien für den gesellschaftlichen Bedarf (wie: Mitgliedschaften der politischen Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen sozialer Interessenvertretung, zivilgesellschaftliche Organisationen usw.) als auch an Institutionen der politischen Vermittlung und Umsetzung (wie: starke regionale und lokale Körperschaften, eine effiziente Verwaltung, eine institutionell eingebettete private Wirtschaft).

Es gilt als Binsenweisheit, dass die Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung und der zunehmenden gesellschaftlichen Differenzierung an Steuerungskapazität verlieren. Sie antworten hierauf, indem sie zum einen auf Steuerung verzichten (und diese selbstregulierenden Kräften überlassen) und indem sie zum anderen ihre eigenen Strukturen diversifizieren, das heißt bestimmte Kompetenzen an spezialisierte Einheiten auslagern, regionale und lokale Instanzen stärken, gesellschaftliche Organisationen einbeziehen und die überstaatliche Ebene der EU mit eigenen Kompetenzen ausstatten. Nicht zufällig hat die (good) „governance“ das „government“ im öffentlichen Diskurs überholt. Man könnte die Entwicklung der westeuropäischen Politiksysteme nach dem Zweiten Weltkrieg (und insbesondere den Kompetenzzuwachs der EWG/ EG/ EU) auch als organisatorische Antwort auf eine zunehmend komplexe innere wie äußere Umwelt beschreiben. Die zentraleuropäischen politischen Eliten dagegen hatten keine Zeit und keine Chance, sich nach der Befreiung aus der übersichtlichen Schraubstock-Welt des realen Sozialismus den neuen Komplexitätsanforderungen auf evolutionäre Weise anzupassen. Ihr Bezugssystem war und ist eine historische Version des souveränen Nationalstaats, der sich gerade aus dem überstaatlichen Imperium der Sowjetunion befreit hatte.

### Die Reaktion: Reduktion von Komplexität

Auf die Überforderung durch die eigene Gesellschaft wie durch das internationale Umfeld reagiert die Politik in den zentraleuropäischen Ländern auf zweierlei Weise: Entweder flüchtet sie aus der schlechten Welt der externen Zwänge und gesellschaftlichen Probleme in die bunte Scheinwelt der Geschichte, in der die Mythen, Heroen und Schurken der Vergangenheit neu beschworen und die alten Schlachten in neuem Gewande noch einmal geschlagen werden (in der Regel die Antwort der Rechten). Eine derartige Reaktion ver-

leiht den politischen Auseinandersetzungen etwas Unbedingtes, sie führt zur Polarisierung im Inneren und zur Kompromisslosigkeit nach außen. Oder die Politik reduziert sich selbst auf einen Transmissionsapparat, der die externen Zwänge (bzw. was dafür gehalten wird) unmoderiert und ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf nach innen weitergibt (die übliche Antwort der Linken). Diese Reaktion führt dazu, dass die Politik „an der Gesellschaft vorbei“ regiert. Die Gesellschaft kann sich zwar rächen, indem sie die Regierung abwählt (was sie in der Regel tut). Wenn jedoch die alternativen politischen Kräfte ebenso wenig in der Lage sind, die an sie herangetragene Komplexität zu verarbeiten, ergibt sich ein Zyklus permanenten Wechsels ohne Veränderung, der die Verdrossenheit der Bürger mit der Politik immer aufs Neue bestätigt.

Beide Reaktionen reduzieren Komplexität. Die konservativen Kräfte schaffen eine künstliche, historisch definierte Konfliktlinie, die zwischen Patrioten und Verärrern trennt. Die Linken verzichten auf ein politisches Projekt jenseits des technokratischen Managements externer Sachzwänge und akzeptieren damit implizit die Konfliktlinie, die die Konservativen ihnen aufzwingen. Die politische Auseinandersetzung spielt sich damit im Bereich des Symbolischen ab. Der politische Wettbewerb wird zum *Kulturkampf* (György Markusz) zwischen verfeindeten Lagern, der unabhängig von Sachproblemen oder sozialen Interessen, dafür aber umso verbissener ausgetragen wird. Zum anderen wird er zu einem reinen Kampf um die Macht, in dem nicht einmal mehr der Schein erzeugt wird, es gehe um das Wohl des Gemeinwesens.

### Traditionslose Parteien ohne soziale Basis

Die politischen Parteien Zentraleuropas haben ihre generellen Orientierungen (sozialdemokratisch, konservativ, liberal) von ihren westeuropäischen Schwesterparteien übernommen, in der Realität sind sie jedoch eigenartig traditionslos. Die ehemaligen kommunistischen Parteien haben sich in sozialdemokratische Parteien umbenannt. Unter dem Druck, sich von ihrer Vergangenheit zu distanzieren, haben sie sich *de facto* weit gründlicher von der dem Kommunismus und der Sozialdemokratie gemeinsamen sozialen Tradition emanzipiert als die konsequentesten westeuropäischen Modernisierer. In ihrer Politik vertreten sie eher die *comprador intelligentsia*, die alte und neue Elite, die von den Privatisierungen profitierte, als die Arbeiter und Rentner. Damit vertreten sie das Substitut dessen, was in älteren kapitalistischen Ländern das Bürgertum wäre. Und eben dieses Bürgertum fehlt den konserva-

tiven und liberalen Kräften als soziale Basis. Für die Ausbildung bürgerlicher politischer Traditionen ließen 40 Jahre Kommunismus in Zentraleuropa, von der Vorgeschichte ganz abgesehen, keinen Spielraum.

Die Parteien sind ohne „organische“ Basis und damit ohne orientierende Traditionen. So wie sie nicht mit der Loyalität eines Stammwählerpotentials rechnen können, das sie vor der politischen Vernichtung bewahrte, so fehlt ihrer Politik die innere Kohärenz, die den Wählern eine halbwegs verlässliche Orientierung böte. Weder die Wähler, noch die Parteien sind kalkulierbar. Die konservativen Kräfte gehen auf der Suche nach immer neuen Wählerpotentialen mit politischen Themen (z.B. der Haltung zu „Europa“) voluntaristisch, manchmal fast spielerisch-experimentell um und tendieren damit dazu, die Grenze zwischen modernem Konservatismus und Rechtspopulismus zu verwischen. Die Linke dagegen schwankt zwischen der in Parteinamen, Programm und Rhetorik enthaltenen sozialen Reformprogrammatik und ihrer realen Unfähigkeit (oder Unwilligkeit), die sozialen Folgen der Transformation zu bewältigen.

### Zwei Traumata: Die nationale und die soziale Frage

Die Rechte wie die Linke hat mit der Transformation ein Trauma erlitten, das bislang nicht verarbeitet werden konnte. Für die Rechte steht die *nationale Frage* im Zentrum. Sie kann sich nicht als Repräsentant einer stolzen und erstarkten Nation darstellen, weil die gerade errungene nationale Souveränität neue Abhängigkeiten (von der EU, von den transnationalen Unternehmen, von den internationalen Güter- und Kapitalmärkten) nach sich zog, die die nationalen Handlungsspielräume ebenso einengen wie die frühere politische Abhängigkeit von der Sowjetunion. Der Nationalismus muss daher in die Geschichte ausweichen und sich mit Akten symbolischen Aufbäumens begnügen. Auch symbolisches Aufbäumen bleibt freilich nicht folgenlos, zum einen, weil es innenpolitisch eines nationalverräterischen Gegners bedarf, der um jeden Preis vernichtet werden muss (womit sich die innenpolitische Polarisierung verschärft), zum anderen, weil komplexe und sensitive internationale Kooperationszusammenhänge (etwa im Rahmen der EU) nachhaltig gestört werden können.

Die Linke dagegen erweist sich als unfähig, die *soziale Frage* einer Lösung zuzuführen. Gerade die Linke war ein Protagonist der Transformation und damit *eines Projekts, das die massive Zunahme sozialer Ungleichheit – einschließlich der „kritischen Deklassie-*

*rung“ (Ende Kiss) von Millionen – nicht nur billigend in Kauf nahm, sondern anstrebte.* Mehr noch: Es war (mit der Ausnahme der Tschechischen Republik) dieselbe alte Elite, die sowohl die Führung und Basis der sozialdemokratisierten Parteien stellte als auch die mit der Transformation eröffneten legalen und normativen Grauzonen zur individuellen Bereicherung nutzte. Die Helden der Transformation, die risikofreudigen Neu-Unternehmer, die die neuen Chancen zu nutzen wussten, sind gleichzeitig deren Schurken, die mit dem richtigen Telefonanruf Millionen verdienen konnten, während Arbeiter und Rentner einen dramatischen Einbruch ihres Lebensstandards hinnehmen mussten. Diesen normativen Skandal kann die Linke nur dadurch bewältigen, dass sie sich selbst als Vollzugsorgan übermächtiger äußerer Kräfte präsentiert, auf die alle Verantwortung abgeschoben werden kann. Damit blockiert sie freilich auch jeden Ausweg aus der selbst aufgestellten sozialen Falle.

### Fazit: Stabile Instabilität

Die erwähnten innenpolitischen Krisen sind keine unmittelbare Folge des EU-Beitritts, sondern resultieren *in erster Linie* aus der inneren politischen Dynamik der Transformation. Der Beitritt warf aber ein neues Licht auf politische Systeme, die ganz offensichtlich den Anforderungen der Mitgliedschaft (noch) nicht gewachsen sind. Auf ihre Überforderung reagieren die Akteure der Rechten wie der Linken mit der Reduktion von Komplexität: Mit dem Zurechtstutzen einer komplexen und nur durch komplexe Politikansätze zur bewältigenden Realität auf ein starres bipolares Schema. Sie können dies tun, weil die Gesellschaft sich damit begnügt, sie periodisch in Wahlen abzustrafen, aber davon absieht, sie im politischen Alltag wirksam zu korrigieren. Die häufigen Wechsel ohne Veränderung, die Spaltungs- und Neuformierungsprozesse politischer Parteien, der experimentelle und verantwortungslose Umgang mit politischen Themen, der Verzicht auf die politische Lösung sozialer Probleme, und – dies vor allem – die Inszenierung von Politik als alltäglichem Skandal: All dies wird die politische Realität der zentraleuropäischen Neumitglieder auch in Zukunft bestimmen. Was Thomas Carothers *feckless pluralism*, verantwortungslosen Pluralismus, nennt – die Koexistenz halbwegs fairer demokratischer Verfahren mit der Unfähigkeit der alternierenden politischen Eliten, die Probleme ihres Landes zu lösen – scheint ein Kennzeichen nicht nur oberflächlich demokratisierter Drittwelt-Regime zu sein, sondern könnte auch zur politischen Realität Zentraleuropas werden.